

Neue Podzer Zeitung

Die älteste, größte und verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Der eine Kilo kostet. An Tagen, die auf Sonn- und Festtage folgen, abends. Verkaufspreis: monatlich 240 Mk. mit Zustellung, wöchentlich 60 Mk. Der Post bezogen 240 Mk. monatlich. Vertreter: Alexander Salin, Danzig; Danziger Anzeigenbüro, Reichbahn 8, Konstantinow; Schüler, Pabianice; G. Kell, Bismarck-Wola; G. Wolff, Jastrow; Koss, Jastrow. — Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.

Redaktion und Geschäftsstelle
Petrikauer-Strasse Nr. 15.
Telephon Nr. 283.

Interatekosten: 8-copierte Normaleinzelnummer oder deren Raum 15 Mk., Ausland 1 Mk. 50 Pf. deutsche Währung. Restant. u. Interate im Text ab. auf der 1. Seite (hoo. 10 breit) 60 Mk. Ausland 8 Mk. (deutsche) Raum der Normaleinzelnummer, Einzel. 70 Mk. u. Korrespondenz. Bei Anzeigen, Scherzhaft u. dergl. 50 Prozent Aufschlag. Interate werden nach Möglichkeit auf Platziert, es können aber besondere Platzanweisungen nicht berücksichtigt werden, daher auch keine dahingehenden Reklamationen. — Inseratannahme durch alle Annoncen-Büros.

Nr. 178.

Sonntagabend, den 2. Juli 1921.

20. Jahrgang.

Die polnische Presse und die Pogrome.

Von Bromberg wird uns geschrieben:
Es ist bekannt, daß die schlechte Laune des polnischen Volkes, die schließlich in Pogromstimmung und zuletzt in revolutionäres Gekoch umschlug, ihre eigentlichen Ursachen hat in der unglücklichen wirtschaftlichen Lage des Landes, der ungeheuren Teuerung, in den Missetaten der Verwaltung und in der Verdrängung der polnischen und kommerziellen Eingeborenen von allen maßgebenden Stellen. Die allgemeine Unzufriedenheit mußte sich schließlich einmal gegen die augenblicklich herrschenden Kräfte und gegen die Regierung richten, was diese wohl gemerkt haben dürften. Die polnischen Heßblätter suchten nun die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung natürlich von den Missetäten abzulenken und leiteten darum eine große Offensive gegen das Deutsche ein. Als erstes Augenpulver für die sehenden werdenden Massen benutzte man das Vorgehen gegen die Domänenpächter, dann kamen verschärfte Maßnahmen gegen die Ansiedler, Forderung und Androhung von Liquidation usw. an die Reihe. Von diesen Sachen wurden auch Arbeiter aus Brest-Litza, die vielleicht freiwillig gekommen oder auch gezwungen worden waren, lebhaft begeistert und vor den Pressen Karren gespannt. Die Heßpresse schilderte in bewegten Worten das Unrecht, das den entlassenen Polen in Deutschland geschehen. Außerdem habe sie in einer Weise, die man direkt als Landfriedensbruch und Pogromaufforderung bezeichnen kann, einzelne deutsche Personen und deutsche Zeitungen mit tätlicher Namensnennung heraus und empfahl sie direkt als Vergeltungsobjekte.

Als die ersten Ausschreitungen vorliefen, wurden sie mit Befriedigung geblickt und Kommentare dazu gegeben, die das ganze als möglichst harmlos und gerechtfertigten Ausdruck des von den Deutschen hervorgerufenen Vergeltungswillens des beleidigten polnischen Volkes darstellten. Allen voran ging damit ein sehr bekanntes Posener und ein noch mehr berühmtes Bromberger Blatt. Ihnen folgten bald andere, die zu Gewalttätigkeiten neigende Masse ein sehr geeignetes Denkmal, den Abwanderungswillen der Deutschen in beschleunigtem Tempo zum Wachsen zu bringen.

Man hätte aber übersehen, daß die ausgegebene Parole auf die Dauer nicht ziehen könnte und daß sich aus dem Nationalismus unter dem Einfluß des Straßenpöbels Volkseigenen entwickeln würde. So haben eigentlich überall die ursprünglich gegen die Deutschen gerichteten Straßendemonstrationen und die Belästigungen der Ausländer sich sehr bald umgewandelt zu einer Plünderungsfahrt und zu Erhebungen von Forderungen wirtschaftlicher Natur. Haben doch z. B. die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in Bromberg die Gelegenheit benutzt, von dem Woiwoden bei seiner hiesigen Anwesenheit sogleich eine 50 prozentige Lohnerhöhung mit rückwirkender Kraft zu verlangen, die eine Millionenlast für den polnischen Staat bedeuten würde. Die Mißhandlung der Stadtpräsidenten in Bromberg, das Verlangen der Herabsetzung der Preise, die Forderung einer Durchsicht der größeren Lebensmittel- und Handelsgeschäfte durch Arbeiterkommissionen, um die Schieber festzustellen, zeigt, welcher Grundgedanke der ganzen Bewegung anhaft.

Als man das einfach, da fingen die Zeitungen, die kein reines Gewissen hatten an, zum Nüchtern zu blasen. Zunächst machte man noch allerlei Rückzugsgestecke und Verschleierrungsversuche, zu denen man in erster Linie die auch von anderer Seite aufgestellte Forderung einer Erklärung der hiesigen deutschen Bevölkerung gegen angebliche Übergriffe gegen Polen in Deutschland zählen muß. Hierher gehört auch eine Meldung der „Gazet Sprawy“, die leider auch von einer Anzahl deutscher Zeitungen angenommen wurde, wonach die Deutschen in Polen mit der Schließung der „Rundschau“ einverstanden wären und wonach die deutsche Bevölkerung ein entschiedenes Mißbilligungsbüro gegen die polenfeindlichen Vorgänge in Deutschland ausgesprochen hätte. Man schien sich gar nicht bewußt zu sein, daß man mit der Forderung einer Stellungnahme gegen innerpolnische Vorgänge Deutschland unangenehme Präzedenzfälle schuf, die auch ebenso gut einmal gegen die Polen in Deutschland aufgestellt könnten und daß eine solche Forderung eben weiter nichts sei, als daß die Deutschen in Polen auch Straßendemonstrationen sollten. Wollte man etwa den Leuten durch Verleumdung andeuten?

Nach diesen Täuschungsversuchen macht die Heßpresse jetzt ganz plötzlich ein überraschendes Umdenken.

Der „Kurjer Poznański“ vom 22. Juni (Nr. 140) bespricht unter der Überschrift „Schlecht geleiteter Jörn“ die Ereignisse in Bromberg und sagt, was in einem merkwürdigen Widerspruch zu seiner bisherigen Tendenz steht, daß die antideutschen Ausschreitungen in Bromberg unbedingt zu verurteilen seien. Ein jeder versteht und teile zwar die Gründe, die ausläßlich der Nachrichten über die Verfolgung der Polen in Deutschland die Volksmassen begerben, indessen dürfte es in einem Rechtsstaat

nicht geduldet werden, daß derartige Gefühlsausbrüche zur Störung der öffentlichen Ruhe und zu Ausschreitungen gegen das Leben und Gut einzelner, seien es auch fremdkämmige, führen. Die Staatsbehörden sind verpflichtet, mit allen Mitteln die innere Ordnung aufrecht zu erhalten und für die Sicherheit aller Staatsbürger zu sorgen, andernfalls würden wir der völligen Anarchie entgegen treten. Das müssen sich auch diese vor Augen halten, die das rechtlose Verfahren der deutschen Regierung am meisten spüren. Denken wir daran, daß Polen sich als Rechtsstaat im Ausland im Allgemeinen keines guten Rufes erfreut, daß der Willkür unverantwortlicher Organe, die im Gegensatz zu allen Begriffen von einer Verfassung nicht aufhören, sich in die Staatspolitik hineinzumischen. Wenn wir unter Conto noch dadurch belasten, daß wir es nicht verstehen, im Innern des Landes Ruhe und Ordnung zu wahren und das Leben und Eigentum unserer Mitbürger zu schützen, so wird unsere Staatsautorität auf Null herabsinken.

Wären daher die besonnenen Elemente unter der Arbeiterklasse es verstehen, daß der polnische Staat keinerlei Ausschreitungen gegen die Deutschen dulden kann, und daß jeder derartige Versuch ebenso tragisch enden kann wie in Bromberg. Nationale Kräfte dürfen nicht durch Gewalttaten und Raub beschmutzt werden. Und wir wissen es doch genau, daß in allen solchen Fällen von Ausschreitungen der Volksmassen dunkle Personen auftauchen, die auf Raub und Mord ausgehen. Daher müssen alle völlig reif und gesunddenkenden Volksgenossen sich jeder Agitation fernhalten, die, obwohl sie unter nationalen Forderungen eingeleitet ist, völlig andere Ziele verfolgt. Muß noch darauf hingewiesen werden, daß jede Störung der öffentlichen Ruhe den Kommunisten recht ist, denen es durchaus nicht um die Vertreibung der Deutschen, sondern um die Hervorrufung revolutionärer Umtriebe und eines bolschewistischen Umsturzes in Polen geht?

Es sind deutliche Anzeichen dafür vorhanden, daß sich bei uns Provokationen herantreiben, die von irgend einem großen Unbekannten geleitet werden und das Volk zu Gewalttaten ansetzen, indem sie die antideutsche Stimmung der Massen ausnützen. Dieser Arbeit müssen alle nationalen Elemente entgegen wirken, denn es ist eine Arbeit unserer Feinde, die nicht auf die Deutschen abzielt, sondern auf die Untergrabung der Existenz des polnischen Staates.

Ein altes deutsches Sprichwort hat den Schlüssel: „... und wenn er gleich die Wahrheit spricht.“ Die Deutschen würden sich sehr freuen, wenn sie glauben könnten, daß die polnischen Blätter des vorbezeichneten Schlages wirklich ihr Hemd und ihren Pelz gewaschen hätten. Es wäre sehr bedauerlich, wenn diese umgeschlagene Stimmung nicht innerster Überzeugung, sondern nur praktischen und taktischen Erwägungen, deren Wurzeln in „höheren“ wirtschaftlichen Interessen zu suchen sein dürften, entsprängen!

Der Sejm.

239. Sitzung vom 1. Juli.

Der Marschall gibt die Entlassung des Herrn Skulski vom Amte eines Außenministers und die Ernennung des Herrn Rogozewicz für diesen Posten bekannt.

Es wird zu dem Gesetz über die Änderung der Bestimmungen des Zivilrechts im ehemaligen Königreich in Bezug auf die Frauenrechte geschritten. Das Gesetz wird in 2. und 3. Lesung angenommen.

Hierauf wird zu der Angelegenheit der Verlängerung der Vollmachten für den Industrie- und Handelsminister in der Beheizungsfrage geschritten. Berichterstatter Abg. Rancz erklärt, die Kommission sei zu der Überzeugung gelangt, daß es genügt, die Vollmachten bis Ende dieses Jahres zu verlängern. In diesem Sinne wird das Gesetz in 2. und 3. Lesung angenommen. Angenommen wird auch eine Resolution des Abg. Diamond, die die Regierung auffordert, einen Bericht über die staatliche Kohlenwirtschaft vorzulegen.

Es wird zu der 2. Lesung des Feldgesetzes geschritten. Abg. Kunicki, der Berichterstatter der Mehrheit, beantragt die Ablehnung der Verbesserung der Minderheit, die eine Ausdehnung der Tätigkeit der Gendarmen über den Bereich ihrer Vorbereitung hinaus fordert.

Abg. Szymbilo unterstützt die Verbesserung der Minderheit. Die Abstimmung wird für den Nachmittag verlegt und zu den weiteren Debatten über den Bericht der Kommission für Arbeitskräfte in Sachen einer Erhöhung des Höchstverdienstes geschritten, der als Grundlage für die Beseitigung der Unfallversicherungsgesetzen im ehemaligen österreichischen Teilgebiet dienen soll.

Um 2 Uhr unterbricht der Marschall die Sitzung bis 4 Uhr. Nach der Pause wird zu der Abstimmung über das Feldgesetz geschritten und das Gesetz in 3. Lesung mit den Verbesserungen der Minderheit angenommen. Gleichfalls in 3. Lesung

angenommen wird das Gesetz bezüglich der oben genannten Höchstverdienste der Arbeiter bei der Bemessung der Renten im ehemaligen österreichischen Teilgebiet.

Es wird hierauf zu der Diskussion über die Ratifizierung der Konvention mit Rumänien, die am 3. März d. J. in Bukarest unterzeichnet wurde, geschritten. Berichterstatter Abg. de Rosset erklärt, daß es Grundfah unseres Staates sei, einen Vertrag einzuhalten. Es gebe wohl kein Land, das so nachdrücklich wie das unsere, auf den Frieden bedacht wäre und dem dieses Streben so erschwert würde. Mit diesem Streben seien die Bemühungen unserer Regierung, diebezügliche Verträge mit den Nachbarn anzuknüpfen, verbunden. An erster Stelle stehe das Bündnis mit Frankreich, dem die Konvention mit Rumänien folge. Diese Konvention verpflichte beide Staaten zu gegenseitiger Hilfe für den Fall, daß einer von ihnen, ohne eine Veranlassung hierzu zu geben, in seinen heutigen Grenzen angegriffen wird. Sollte einer dieser Staaten in dieser Weise überfallen werden, dann steht sich der andere als im Kriegszustande befindlich an und leistet ihm bewaffnete Hilfe. Eine entsprechende Militärkonvention soll abgeschlossen werden. Beide Staaten verpflichten sich zu einer Einigung in den Fragen der auswärtigen Politik, wenn diese die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn betreffen. Für den Fall eines Kriegsausbruches verpflichten sich beide Regierungen, keinen Sonderfrieden oder Waffenstillstand zu schließen. Der Vertrag soll 6 Jahre verpflichten und kann nach 3 Jahren gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Monate. Keiner der beiden Staaten kann ohne vorherige Verständigung ein Bündnis mit einer dritten Macht schließen. Ausgeschlossen hiervon sind Bündnisse, die sich auf die Einhaltung von Verträgen beziehen und von Rumänien und Polen unterzeichnet worden sind. Solche Bündnisse müssen dem anderen Staat bekanntgegeben werden. Die polnische Regierung stellt fest, daß ihr die Verträge Rumäniens mit anderen Staaten zwecks Einhaltung der in Trianon und Neille geschlossenen Verträge bekannt sind und die rumänische Regierung erklärt, den Vertrag Polens mit Frankreich zu kennen. Der Redner bittet um Ratifizierung der Konvention und erklärt, das Land solle nicht verstimmen, Rumänien und seiner Dynastie herzliche Worte der Freundschaft und Anerkennung auszusprechen für die Verleidi der Kultur im Osten und seiner Grenzen. (Beifall.)

Abg. Perel ist der Ansicht, daß diese Konvention von der Kommission für auswärtige Fragen vorbereitet und erwogen werden müßte und beantragt ihre Ueberweisung an die Kommission.

Außenminister Skimunt erklärt, die Regierung könne nicht auf die Ueberweisung an die Kommission eingehen. Redner widerlegt die Ausführungen des Abg. Perel und stellt fest, daß die Konvention einfach und klar sei und ersucht um ihre Bestätigung. Wir wollen keinen Krieg, sondern den Frieden. Polen will der Welt beweisen, daß es kein kriegsrisches Element ist, sondern ein solches der Ordnung und Arbeit. (Beifall.)

Abg. Stan. Grabowski erklärt, daß Polen und Rumänien durch die Geschichte, die geographische und politische Lage zum Abschluß des Bündnisses berufen seien.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abg. Perel abgelehnt und das Gesetz in 2. und 3. Lesung mit allen Stimmen gegen die der Sozialisten angenommen. (Rausch Beifall.) Abg. de Rosset ruft: So lebe Rumänien! Die Abgeordneten erheben sich und bereiten dem in der Diplomatenloge befindlichen rumänischen Gesandten eine Ovation. (Fortsetzung folgt.)

Gegen die Sanktionen.

Berlin, 1. Juli. (Pat.) Auf der heutigen Sitzung des Reichstages erklärte der Außenminister während der Diskussion über die Sanktionen, die Deutschen hätten das Ultimatum angenommen und führen es aus, weshalb die Sanktionen überflüssig sind und aufgehoben werden müßten. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten der französischen Kammer habe sich mit dieser Frage auch bereits befaßt. Briand habe sich aber gegen die Aufhebung der Sanktionen ausgesprochen. Gegenüber dem deutschen Botschafter habe sich Briand geäußert, man könne der deutschen Regierung nicht den Vorwurf machen, daß sie ihre Verpflichtungen nicht einhalte, doch könnten seiner Meinung nach, die Sanktionen gegenwärtig noch nicht aufgehoben werden. Weiter erklärte Minister Rose, Minister Storza habe vor seinem Rücktritt sich dahin geäußert, daß er die Beibehaltung der Sanktionen für unbedenklich halte und für ihre Aufhebung plädiere. — Bezüglich Englands habe man sich an den deutschen Botschafter in England gewandt, er wolle bei der englischen Regierung entsprechende Schritte tun, damit die Zwangsmaßnahmen aufgehoben werden. Lord Curzon meinte hierzu, die Sanktionen seien auf einer gemeinsamen Konferenz beschlossen worden und nur dieselbe Autorität könne sie jetzt aufheben. Soweit der deutschen Regierung

bekannt ist, werde England für die Aufhebung der Sanktionen stimmen, da Deutschland seine Verpflichtungen beim Wiederaufbau und bezüglich der Entwaffnung erfülle. Es sei daher erforderlich, daß sich der Oberste Rat so schnell als möglich versammle. — Die französische Regierung sei der Ansicht, es sei keine genügende Garantie für die Entwaffnung der irregulären Formationen vorhanden. Daher könne Frankreich nicht auf die Garantien verzichten, die es in der Hand hat. Die Sitzung des Obersten Rates werde im Juli stattfinden, wobei diese Frage besprochen werden wird. Lord Curzon habe den deutschen Botschafter gebeten, er wolle auf die deutsche Regierung dahin einwirken, daß sie die Bedingungen des Ultimatus genau erfüllt, vor allem die Entwaffnung durchführt. Minister Rose führte schließlich aus, daß die Aufhebung der Sanktionen nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit sei, sondern daß sie auch der gesunden Menschenverstand verlange.

Die Räumung Oberschlesiens.

Dron, 1. Juli. (Pat.) Die Räumung des Gebietes durch die Abteilungen des Generals Höfer vollzog sich am Donnerstag nach dem vorgesehenen Plane. Infolgedessen räumen die Polen die zweite Zone, die n. a. die Tarnowitzer Höhen, Beuthen, Königshütte, Ratibowitz und Bygnitz umfaßt. Am Sonntag tritt eine Pause ein. Am Montag sollen dagegen gleichzeitig sowohl die deutschen als auch die polnischen Abteilungen zurückgezogen werden. In dieser Weise soll das ganze Abstimmungsgelände geräumt werden.

Beuthen, 1. Juli. (Pat.) Heute wurde der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Ratibowitz-Gleitwitz weiterhin bis Döppel aufgenommen. Von Ratibowitz bis Zabrze wurden die Züge von polnischen Eisenbahnern geführt.

Vizeminister Plucinski.

Der bekanntlich zum Nachfolger des bisherigen Vizepräsidenten der polnischen Republik in Danzig ernannt worden ist, wird mit Uebernahme dieses Amtes seinen Wohnsitz in Danzig nehmen. Da er zugleich Vorsitzender der Danzig-polnischen Verhandlungen von polnischer Seite ist, so darf wohl angenommen werden, daß mit der Verlegung seines Domizils nach Danzig nunmehr auch die weiteren Verhandlungen in Danzig geführt werden sollen.

Ein Dementi Litauens.

Paris, 30. Juni. (Pat.) Havas. Der Vertreter Litauens widerlegt formell die Behauptung, als hätte Litauen finanzielle Hilfe seitens Deutschlands erhalten. Er widerlegt gleichfalls das Bestehen einer angeblichen Konvention zwischen der litauischen und der deutschen Regierung in Sachen der Konzessionen auf litauischem Territorium zugunsten Deutschlands.

Der Krieg in Kleinasien.

Paris, 30. Juni. (Pat.) Die Kämpfe in Kleinasien beschränken sich auf 3 Punkte, Smyrna, Brussa und Ussak. Die Türken haben überall Erfolg zu verzeichnen. Die Griechen erlitten hauptsächlich bei Ussak eine empfindliche Niederlage. Die dritte griechische Division wurde zerstreut und wird von der türkischen Kavallerie verfolgt.

Athen, 30. Juni. (Pat.) Havas. Das Kommando vom 28. Juni berichtet von der Räumung der Stadt Ikoniza durch die Griechen.

Konstantinopel, 1. Juli. (Pat.) Die Türken haben die Stellungen in der Umgegend des Dorfs Eschadalscha besetzt und rücken weiter vor. Die in den nahen Bergpässen angesammelten griechischen Truppen sind bemüht, die Höhen zu halten. Es wird jeden Augenblick eine Niederlage erwartet.

Export polnischer Arbeitskräfte.

Paris, 30. Juni. (Pat.) Auf der Sitzung der Kommission für auswärtige Angelegenheiten beschäftigte man sich mit den Anträgen in Sachen der Abschließung einer Konvention zwischen Frankreich und Polen betreffend Arbeit und soziale Fürsorge. Die Kommission sprach sich für die Annahme des Antrages aus, der Polen zum Export polnischer Arbeitskräfte nach Frankreich anregen könnte, was infolge des Krieges ein Mangel an Arbeitskräften herrscht.

Zum englisch-irlandischen Konflikt.

Dublin, 30. Juni. (Pat.) Die Valera erklärte in der an Sir Craig telegraphisch abgeschickten Antwort, daß die irische Delegation sich nach London begeben soll, um an den Verhandlungen in Sachen der Pazifikation teilzunehmen. Diese Delegation wird, bemerkt die Valera, aus zwei Fraktionen bestehen, und zwar in Nord- und Süd-Irland.

Lohnreduzierung in England.

London, 30. Juni. (Pat.) Das Arbeiterbündnis der metallurgischen Industrie hat mit überwiegender Stimmenmehrzahl ein Uebereinkommen mit den Arbeitgeber in Sachen der Lohnreduzierung getroffen.

Zum Attentat auf den Prinz-Regenten Alexander.

Belgrad, 1. Juli. (Pat.) Das Belgrader Preskuro veröffentlicht folgendes amtliches Kommuniqué: Heute um 10.30 vormittags wurde auf den Prinz-Regenten ein Attentat in dem Augenblick verübt, als er in Begleitung des Ministerpräsidenten Vukobratović aus der Suptschina zurückkehrte, wo er den Eid auf die Konstitution leistete. Die Bombe explodierte jedoch bevor der Regent seine Stelle passierte. 10 Personen, hauptsächlich Soldaten, wurden verletzt. Der Attentäter wurde von Soldaten festgenommen. Man nahm ihm 3 Bomben und 1 Revolver ab.

Die Polizei konnte nur mit Mühe den Attentäter vor dem erregten Volkshaufen retten, der ihn lynchen wollte. Der Verhaftete gab an, Saiz zu heißen und sei Zimmermaler von Beruf. Er sei heute früh in Belgrad eingetroffen, um im Sinne seiner Grundsätze das Attentat zu verüben. Die Polizei stellte fest, daß es falsche Angaben machte. Man erkannte in ihm einen bekannten bolschewistischen Agitator, der im Jahre 1919 aus Rußland zurückkehrte.

Giulitti bleibt nicht.

Rom, 30. Juni. (Pat.) Der König empfing heute Giulitti. Die Zeitungen berichten, daß es der entscheidende Wunsch des Königs ist, Giulitti möge die Mission der Bildung des Kabinetts übernehmen. Giulitti hat sich vorbehalten, darauf zu antworten.

Rom, 30. Juni. (Pat.) Savas. Giulitti lehnte kategorisch ab, das neue Kabinett zu bilden. Der König empfing Boni und den Führer der Nationalisten Petrosini.

Pettland und seine Nachbarn.

Die „Mg. Rundschau“ schreibt: Ueber die nächsten Aufgaben des Außenministeriums teilen die Blätter mit, daß die Verhandlungen, die durch die Kabinettskrisis teils unterbrochen, teils hinausgeschoben waren, nun demüthigt wieder aufgenommen werden sollen.

Aus Deutschland trifft eine Kommission zum Abschluß eines Vertrages über die Kriegsschadigung und Handelsbeziehungen ein. Mit litauischen Vertretern, die in Riga erwartet werden, wird über die Regelung von wirtschaftlichen und Verkehrsfragen verhandelt werden. Ferner soll die Frage des baltischen Staatenbundes wieder beraten und der Optionsvertrag mit Rußland abgeschlossen werden.

Die polnische Presse und Lettland.

Das polnische Pressebüro meldet und: Die „Rozwospolita“ hatte dieser Tage in der Schließung der polnischen Schulen in Lettland eine willkommene Gelegenheit gefunden, scharfe Angriffe gegen Vilnius, wegen seiner „großmütigen Schen-

Abonnements-Einladung

Für die Kreise, die uns unsere Leser bisher bewahrt haben, sagen wir auch heute wieder unseren herzlichsten Dank und richten an Sie die Bitte, unsere Zeitung weiterhin zu verbreiten. Dadurch wird es uns möglich sein, Sie nicht nur zu erhalten, sondern auch immer mehr auszubauen.

Für diejenigen Abonnenten, die bis zum 9. Juli in unserer Administration, Petrikauer-Straße 15, den Bezugspreis für 6. Juli im Voraus eingezahlt haben, kommen dieses Mal nachstehende

Millionumki

zur Verlosung:

Nr. 1.339.246
" 1.339.247
" 1.339.248

Ein eventuell inzwischen auf eine dieser Nummern entfallender Gewinn von

1.000.000 Mk.

gehört dem künftigen Besitzer der Millionumki.

„Neue Lodzer Zeitung“

Verlag und Redaktion, Petrikauerstr. 15.

lung“ Lettlands an die Letten zu richten. Lettland sei doch bekanntlich mit dem blutigen polnischen Kriege befreit worden. Die „Gazeta Wileńska“ polemisiert jetzt gegen das Warschauer Blatt und schreibt: Die polnische Bevölkerung in Lettland ist unbedingt in der Minderheit. Lettland ist ein integraler Teil Lettlands. Die Interessen Polens fordern gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Von Lettland dürfen wir volle Respektierung der Rechte der polnischen Minderheit verlangen, aber wir müssen feststellen, daß ähnliche Auslassungen, wie die des Korrespondenten der „Rozwospolita“ im Gegensatz zu den Interessen unseres Staates stehen und die Beziehungen zwischen Polen und Lettland nur verschärfen können.

Die „Gazeta Krajowa“ widmet dem neuen Kabinett in Lettland einen ausführlichen Artikel. Mit großer Anerkennung äußert sich das Blatt über den neuen Premier und meint, daß seine Mitarbeit im Kabinett volle Garantie für eine Neutralität Lettlands in der Wilnafrage biete. Bei dem heutigen Stande der polnisch-lettischen Beziehungen, welche noch nicht in eine feste Form getreten sind, könne man mehr numöglich fordern.

Im Hexenkessel der Parteien.

Der Warschauer Korrespondent der „Danz. N.“ schreibt seinem Blatt: Als feierliche alte deutsche und österreichische Okkupationsregierung im November 1918 das „Königreich Polen“ proklamierten, sprachen aus dem neubefreiten Boden innerpolnisch-politisches Leben eine Fülle von Parteien und Parteien hervor, die schier verwirrend war. Als 1918 die Republik Polen entstand, brachten das damals galizische und das ehemals preussische Gebiet ihrerseits wieder je eine stattliche Zahl unterschiedlicher Parteigebilde

dem jungen Staat als Morgengabe. In jener Zeit schrieb ein polnischer Journalist, den selbst das Grauen packte über die verschwenderische Blüten, sobald sechs Leute im neuen Polen zum Essen versammelt seien, gründeten sie bestimmt eine neue politische Partei. Die Notwendigkeit tatsächlicher staatlicher Arbeit hat immerhin dem einen oder anderen Parteihaupte gezeigt, daß „allzuviel angefangen“ ist und die ersten polnischen Wahlen haben einer weiteren Reihe von Parteien den Garaus gemacht.

Was geblieben ist, scheint immer noch etwas reichlich viel. Noch heute, nach 2 1/2 Jahren staatlichen und parlamentarischen Lebens verteilen sich die rund 400 polnischen Abgeordneten auf fünfzehn Parteien, von denen jede natürlich in jeder Frage anders will als jede andere. Außer diesen fünfzehn gibt's noch andere Parteien, die bislang nicht im Parlament vertreten sind; ferner aber gliedern sich die fünfzehn parlamentarischen Parteien zum Teil noch in nur teilweise harmonisierende „rechte“ und „linke Flügel“, zu denen mitunter auch noch eine „Mittelgruppe“ gehört.

Dies der eine Grund für die ewig aneinanderfolgenden Minister- und Regierungskrisen. Während man sich im ersten Jahre relativ wenig um den Parteienkessel zu kümmern suchte und sogenannte „Fachleute“ mit wechselläufigen Mehrheiten regieren ließ, ging man später zum „parlamentarischen“ Regieren über — und seitdem ist's ganz schlimm geworden. Jede polnische Regierung seit 1919 ist auf vorläufigen Kompromissen zwischen einer Gruppe von Parteien angewiesen. Wie man aus den Abgeordnetenlisten rein rechnerisch ermitteln kann, ist eine Regierungsbildung nur durch Kompromisse der „Mitte“ mit den Linksparteien — oder aber der „Mitte“ mit den Rechtsparteien möglich. Welche Kombinationen sind dabei annähernd gleich stark, so daß der Wechsel von einer zur anderen mehrfach akut war.

Der zweite Grund der polnischen Regierungs-

fallen ist innerer Mangel der Regierung der „rechten“ in den „linken“ Elementen im Staate, der Gegenstand zwischen den Interessen des Großgrundbesitzes, Handels und Kleinrenten der Kleinrenten, Landarbeiter und Arbeiter. In der Mitte stehen die auch sehr verschiedene Interessen des städtischen Bürgertums und des Groß- und Mittelhandels.

Uebermäßige Vielzahl von Parteien, ungünstige Verteilung ihrer Kräfte im Parlament, harte Interessengegenstände von Gruppen, die für diese Frage dieses und für jene jenes Kompromiß eingehen müssen, erklären auch die letzte, seit reichlich vier Wochen andauernde Krise des Witos-Kabinetts. Sie ist noch kompliziert durch persönlichen Ehrgeiz einzelner Führer und durch taktische Rücksichten auf den kommenden großen Wahlkampf um das nächste Parlament. Die Witos-Krise, über deren Einzelverlauf wir dauernd telegraphisch berichteten, ist der große Kampf zwischen Großgrundbesitz (im Bunde mit Kleinrenten und begütertem Bürgertum) und nicht proletarischem Bauerntum, Polens stärkster Bevölkerungsgruppe.

Bisher hat Witos jäh durchgehalten, obgleich die parlamentarische Mehrheit seiner Regierung unter den von rechts geführten Schlägen zerbrochen ist und sich jetzt in eine Minderheit verwandelt hat. Da Witos aber die parlamentarische Mitte mit der stärksten Partei inne hat, kann bisher trotz allen Lebens weder rechts noch links von ihm eine andere Mehrheit ohne seine Beteiligung geschaffen werden. Der Rechten fehlen freilich nur noch einige Stimmen, die vielleicht doch unter den schwer defizitbaren ganz kleinen Gruppen und den Parteigruppen zu finden sind.

Darum sitzen noch immer die Führer der feindlichen Lager mit Papier und Rechenstift — wer 207 Stimmen zusammenschließen kann, der kann leicht aus dem Parteifessel noch gebrochelt werden. Uebrigens, sofern die jähre Dauerhaftigkeit Witos' sich nicht taktisch geschickter erweist, wie bei den bisherigen Stimmen. Denn für Witos hängt mit Rücksicht auf die Wahlen viel daran, nicht sich stürzen zu lassen im Augenblick tiefsten Valutasalles und angegriffen nur angelächelt aus dem innenpolitischen Probleme als ein übergeschätzter, Wilna, Ostgalizien, — Freiland, Agardresort, Bismarckplan.

„Polnische Gulden“.

Amtliche Depeschen berichten, daß vor kurzem unter den Danziger Schwarzbörsern auf dem Langenmarkt polnische Gulden (Złoty) bemerkt wurden, d. i. für Polen gedrucktes Geld, das noch nicht in Umlauf gegeben worden war. Wie festgestellt wurde sind die Noten echt, nur die Nummern sind gefälscht. Der Geldtransport war in verpackten Kisten auf dem englischen Dampfer „Mosca“ in Danzig angekommen. Von Danzig wurde das Geld nach Warschau weitergeschickt. Dieser Tage wurde der Zahntechniker Eugen Kulich in dem Augenblick verhaftet, als er auf dem Heumarkt in Danzig 6 Millionen polnische Gulden zum Kauf anbot. Kulich hatte 125.000 Guldenstücke bei sich und behauptete, diese von englischen Marokan erhalten zu haben.

In dieser Angelegenheit schreibt der „Kurier“ Warschawski:

Auf welche Weise konnten die Noten gefälscht werden und für welche Summe wurde gefälscht? Bekanntlich wurden die polnischen Gulden in Paris gedruckt und die Kosten ihrer Herstellung sind sehr groß. Es fragt sich nun: wurden die Noten ohne Kontrolle gedruckt, so daß die erwähnten Marokan eine beliebige Menge auf eigene Rechnung drucken konnten oder wurden sie unterwegs oder auch aus der Schatzkammer gestohlen? Im ersten Falle würde nichts übrig bleiben, als alle Noten zu vernichten; man könnte nur fragen, wem hat der Staat den Verlust von Millionen Frank, die für die Herstellung der Noten auszugeben wurden, zu verdanken?

Im zweiten Falle müßte festgestellt werden, wie viel Noten gestohlen wurden, was unseren Finanzbehörden nicht schwer fallen dürfte. Wästen denn übrigens unsere Emissionsbehörden von dem Banknotendiebstahl und wie ist überhaupt ein Diebstahl von Banknoten aus der Schatzkammer möglich?

Der Väter Erbe.

Roman von Otto Elster.

7. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Aber sie wollte das Geld nicht verlieren! Sobald würde ihr der Vater nichts wieder schicken. Sie mußte es für ihren und ihres Kindes Lebensunterhalt behalten. Aber wo den Schatz in ihrer Armut, aus zwei kleinen Zimmern bestehenden Wohnung unterbringen, daß ihr Mann ihn nicht fand? Schon öfter hatte er ihr ihren geringen Verdienst fortgenommen. Da dachte sie an den Kaufmann, wo sie ihre kleinen Einkünfte besorgte, und der stets so teilnehmend gewesen war. Was tat sie in seinen Tagen ein.

Der Kaufmann, ein biederer Schotte, auf dessen Gesicht stets ein kühlerer Ernst lagerte, war allein.

„Mister Macdonald“, sagte die Frau glühend, „würden Sie mir einen großen Dienst erweisen?“

„Was ist's Madam? Sie wissen, daß ich keinen Kredit gebe.“

„Den verlange ich auch nicht. Ich möchte Sie nur bitten, mir diese Banknoten aufzubewahren.“

Mister Macdonald sah sie forschend und mißtrauisch an.

„Ich verstehe, Madam“, entgegnete er mit rauher Stimme. „Ihr Mann — na, das geht mich nichts an — ein jeder mag für sich selbst sorgen. Aber, Madam, ich bin kein Bankier und nehme keine Deposits an. Gehen Sie zu einem Bankier... einer Sparkasse.“

„Das ist so weit, Mister Macdonald, und mein Mann erwartet mich gleich zurück.“

„Aha — ich verstehe. — Nun, dann geben Sie das Geld her, ich will Ihnen eine Anleitung darüber anstellen. Also, wieviel ist's?“

„Fünfundvierzig Pfund — fünf Pfund möchte ich zurückhalten.“

„Gut, hier ist die Empfangsbekätigung, Madam. Aber länger wie drei Tage behalte ich das Geld nicht — werken Sie sich das! Gott befohlen, Madam.“

Als Eina mit dem Bier zurückkehrte, rief ihr der Gatte lachend entgegen: „Sag mal, hast Du etwa das große Los in der Lotterie gewonnen? Freddy erzählte mir ja die wunderbarsten Geschichten! Ihr wollt aufs Land ziehen, Blumen pflanzen — Schmetterlinge fangen! Das sind ja allerliebste Pläne. Ich gehe aber nicht mit.“

„Ich dachte nur“, entgegnete Eina, Mut fassend, „daß wir jetzt, wo ich feste und gutbezahlte Arbeit gefunden habe, weiter hinaus in einen Vorort ziehen könnten, wo frischer Luft herrscht und Sonnenlicht.“

„Und Wind und Regen“, fiel ihr Mann lachend ein. „Das ist nichts für mich, Eina. Ich brauche höchst langweilig, und meine Geschäfte halten mich in der Stadt fest.“

„Seine Geschäfte?“ sagte die Frau bitter. „Er tat einen langen Zug aus dem Bierkrug.“

Dann sagte er mürrisch: „Nun ja, meine Geschäfte. Ich habe meine Geschäfte ebenso gut wie du, mein Schatz, und ich hoffe, in dieser Nacht sogar ein gutes Geschäft zu machen.“

„Am Spieltisch...“

„Einerei wo — wenn nur Geld einbringt.“

„Ich hoffe, du wirst dich daran beteiligen.“

„Wieso?“

„Dafür werde ich sorgen. Hast du noch Geld?“

„Nur noch einige Schillinge.“

„Geiz einmal her.“

„Edgar, ich bitte Dich.“

„Sei doch kein Narrchen. Wir sind doch stets gut miteinander ausgekommen — also zeig mal, was du hast.“

Lachend holte er aus ihrer Tasche eine Hand voll Silbergeld hervor und warf es auf den Tisch.

„Sieh da — das sind ja fünfundvierzig Schillinge!“ rief er. „Ein kleines Vermögen! — Na Schatz, hier hast du fünf Schillinge zurück — das andere ist die Einlage in mein Geschäft, und du sollst sehen, morgen bringen ich es dir mit guten Zinsen zurück.“

Damit erhob er sich und strich ihr mit der Hand schmeichelnd über die braunen Haare.

„Bist eine gute Frau, Eina“, sagte er, und seine Stimme nahm einen weichen Klang an. „Laß nur gut sein — es wird auch wieder besser werden mit uns — wie müssen ja doch nun einmal zusammenhalten. Und da, Freddy, mein kleiner Kerl, da schenke ich dir diesen blanken Schilling. Kauf dir Schuhe dafür.“

„Edgar, willst du nicht heute abend zu Hause bleiben?“ bat Eina, die innerlich erfreut war, daß sie ihr übriges Geld gerettet hatte. „Ich bereite dir ein gutes Abendessen.“

„Heute kann ich nicht, Eina! Ich habe mich mit einigen Freunden verabredet. Aber morgen bleib' ich bei Euch, und am Sonntag fahren wir aufs Land — in der Stadt ist es doch so langweilig. Also auf Wiedersehen, Eina: Lege dich nur ruhig schlafen, ich komme spät heim.“

Er strich seinem Sohn über die blonden Locken, klopfte seiner Gattin lieblos auf die Wange und ging pfeifend davon, den alten, schäbigen Zylinderhut schief auf einem Ohr.

Eina lehnte tief auf. Das war nun Abend

für Abend so. Den Tag verließ er, die Nacht verbrachte er mit lieblichen Genossen am Spieltisch, oder trieb sich sonntags umher, wenn er kein Geld zum Spielen hatte. Was war aus dem flotten eleganten Mann geworden, der sich einst in Einas Herz gestohlen und es derartig befreit hatte, daß sie ihm alles geopfert, Vaterhaus und Heimat um seinetwillen verlassen!

In der ersten Zeit — drüben in Amerika — wo es ihnen ja noch leidlich ergangen, solange das Geld anhielt, welches Edgar sich in verbrochener Weise angeeignet hatte. Aber die an sich nicht unbeträchtliche Summe war unter seinen verschwenderischen Händen rasch zusammengeschmolzen, und eines Tages standen sie da, dem Nichts gegenüber — damals, als der kleine Freddy das Licht der Welt erblickte.

Edgar hatte sich aufzuheben gesucht. Er wollte arbeiten — aber was hatte er gelernt? Er wurde Kellner in einem eleganten Café. Dort kam er mit Spielereisen in Verbindung und das war sein Verderben. Immer tiefer sank er. Er lebte schließlich nur noch vom Spiel, und als ihm der Boden in New York zu heiß wurde, bemühte er einen größeren Gewinn, den ihm der Zufall in den Schoß warf, um nach London zu übersiedeln. Hier begann das alte Leben wieder. Gewinn und Verlust wechselten ab — oft waren Eina und ihr Kind dem Hunger preisgegeben. Sie sah sich nach Arbeit um, sie fand hier und da auch kleine Arbeit — doch schließlich brach sie unter all der Not und dem Jammer zusammen, und in ihrer Verzweiflung schrieb sie an ihren Vater, ihn flehentlich bittend, ihr und ihrem Kinde zu helfen.

Daß die Hilfe so rasch und ausgiebig eintreffen würde, hatte sie nicht gehofft. Um so inniger war ihre Freude und mit neuer Hoffnung sah sie in die Zukunft.

(Fortsetzung folgt.)

